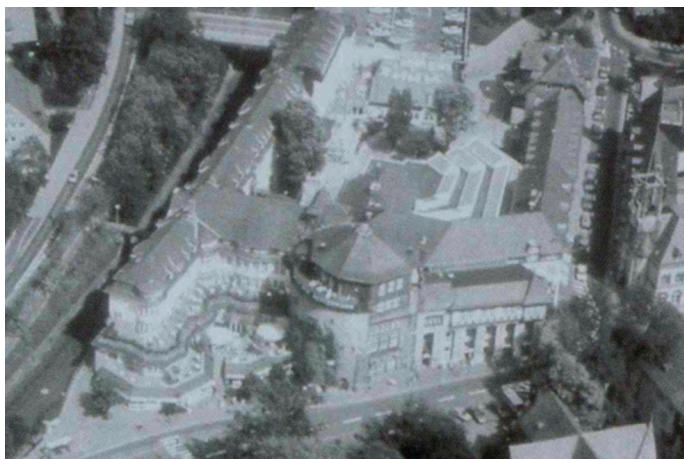


Geschichte der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft

Die historischen Wurzeln der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft bilden die beiden eigenständigen Gewerkschaften Bundespolizeigewerkschaft bgv und der DPoIG, Fachverband Bundespolizei.

Der bgv (Bundesgrenzschutz-Verband e. V.) wurde mit Unterstützung des damaligen Bundesinnenministers, Robert Lehr, am 6. November 1951 in Goslar als Interessenvertretung für die Angehörigen des Bundesgrenzschutzes gegründet.



Hotel „Der Achtermann“ in Goslar, der Gründungsort des BGV vor 70 Jahren

In den Auftaktjahren ist der bgv als gewerkschaftliche Vertretung für den Bundesgrenzschutz (BGS) weitestgehend konkurrenzlos. Der bgv bekräftigt als Ziel, das Berufsbeamtenamt für alle Polizisten im BGS zu erreichen. 1955 lobt Bundesinnenminister Gerhard Schröder besonders die schöpferische Arbeit des Verbandes. Dieser fordert seinerseits eine Klarstellung der Rechtsstellung für die Verwaltungsbeamten im BGS und eine frühere Altersgrenze für die Polizisten. Im gleichen Jahr findet der bgv seinen korporativen Anschluss an den Deutschen Beamtenbund (dbb). Bis 1977 sehen Mitbewerber im Bundesgrenzschutz keine Polizei, sondern vielmehr eine paramilitärische Truppe. Es geht sogar so weit, dass das damalige BGS-Gesetz als verfassungswidrig angesehen und die Auflösung gefordert wird.

Der bgv nimmt seit 1976 neben den Beamten auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf. Seit dem 8. Dezember 1969 ist er bereits der „Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes“ (GGVöD) angeschlossen. Am 8. November 1999 wird die GGVöD in dbb Tarifunion umbenannt.

Am 20. Februar 1990 findet der erste bundesweite Delegiertentag des Fachverbandes Bundespolizei der DPoIG in Lübeck statt. Zum Bundesvorsitzenden wird der Gründer Hans-Joachim Zastrow gewählt. Nach der Vereinsgründung im Jahr 1988 schließt sich der Fachverband



Enthüllung auf der Gründungsversammlung

zunächst dem DPoIG Landesverband Schleswig-Holstein an. Nach umfangreichen Verhandlungen zwischen dem dbb Beamtenbund und Tarifunion und der Deutschen Polizeigewerkschaft kann der Fachverband Bundespolizei als juristisch eigenständiger Verein Mitglied der Deutschen Polizeigewerkschaft werden. Neben den satzungsgemäßen Vorgaben verfolgt der Fachverband vom ersten Tag an das Ziel, innerhalb des Deutschen Beamtenbundes (dbb) die gewerkschaftliche Vertretung der Beschäftigten in den Länderpolizeien und im Bund in der DPoIG als eine starke gemeinsame Polizeigewerkschaft zusammenzuführen.

Von den Beschäftigten im Bundesgrenzschutz, später Bundespolizei, wird dieses Konzept mit der Kraft einer großen Gewerkschaft angenommen. Schon in den nachfolgenden Personalratswahlen werden Kandidatinnen und Kandidaten des DPoIG Fachverbandes Bundespolizei in zahlreiche Personalräte gewählt. Auch im Hauptpersonalrat und in Bezirkspersonalräten ist der Fachverband seitdem vertreten.

Zwischen Dezember 1989 und Januar 1990 kommt es zu Wahlen von Vertretern im DDR-Grenzschutz. Sie fungieren als Interessenvertreter für die Grenztruppen der DDR und stehen von Anfang an in engem Kontakt mit dem bgv in der Bundesrepublik. Auf dem ersten Verbandstag vom 19. - 20. Februar 1990 in Suhl nehmen mehrere Vertreter des bgv teil, die von den Delegierten mit frenetischem Beifall empfangen werden. Am 20. Februar 1990 gründen die 76 Delegierten unter den Augen ihrer Gäste aus dem bgv den unabhängigen „Grenzschutzbund der DDR“.

Die Verschmelzung erfolgt dann viel schneller als ursprünglich angenommen, nämlich auf der Vereinigungstagung am 31. Oktober und 1. November 1990 in Kassel. Der Grenzschutzbund der ehemaligen DDR-Grenztruppen und der bgv des BGS schließen sich zur Gewerkschaft der Bundespolizei zusammen. Diese heißt auch weiterhin Bundesgrenzschutzverband (bgv). Mitbe-

schaft“ im Beamtenbund unterstützt, löst sich aber nach Gesprächen mit dem Leiter der Volkspolizeischule, seinem Kaderoffizier und Vertretern der vom DDR-Innenminister eingesetzten „Koordinierungsgruppe zur Gründung einer Polizeigewerkschaft“ freiwillig wieder auf.

Nach der Gründung des DDR-Beamtenbunds im Februar 1990 erfolgt der zweite, erfolgreiche Anlauf zur Gründung der Deutschen Volkspolizeigewerkschaft. Darüber berichtet die „Neue Zeit“ mit Verzögerung am 30.03.1990 „Offiziere, Offizierschüler und Wachtmeister gründeten kürzlich in Potsdam die Deutsche Volkspolizeigewerkschaft (DVPoIG)“. Vorsitzender wird der Polizeiobermeister Jürgen Meier, Ost-Berlin. Das Ministerium der DDR erkennt die DVPoIG am 29.06.1990 mit Wirkung vom 01.07.1990 als eigenständigen Tarifpartner der Regierung der DDR an. Die DVPoIG hatte damit das Recht, sich ohne Einschränkungen in allen Dienststellen der Deutschen Volkspolizei zu betätigen.

Der DPoIG-Bundeshauptvorstand beschließt am 30.06.1990 in Berlin einstimmig, die DVPoIG als gleichberechtigte Mitgliedsgewerkschaft in die DPoIG aufzunehmen. Nachfolgend entstehen die „Neuen Bundesländer“ und die DVPoIG geht in den neu gegründeten DPoIG-Landesverbänden auf. Diese werden nachfolgend als eigenständige Mitgliedsverbände in die Bundesorganisation der DPoIG aufgenommen.

Die Bundespolizei in der DPoIG

Im Oktober 1951, kurz nach Gründung des BDP, wird in Goslar der „Bundesgrenzschutz-Verband (BGV)“ als Berufs- und Interessensvertretung der Beschäftigten des Bundesgrenzschutzes gegründet. Wie der BDP organisiert der BGV zunächst ausschließlich Beamte und wird 1955 Mitgliedsverband im Deutschen Beamtenbund. Der BGV sieht von seiner Gründung an den Bundesgrenzschutz als „Bundespolizei“.

1972 wird der BGS im Bundesgrenzschutzgesetz als „eine Polizei des Bundes“ bezeichnet. Erst die rot-grüne Koalition unter Bundeskanzler Gerhard Schröder brachte die Umbenennung in „Bundespolizei“ am 01.07.2005 unter gesetzliches Dach und Fach.

In den Jahren des gewerkschaftlichen Nebeneinanders innerhalb des DBB gibt es zwischen BGV/BDP/PDB und DPoIG immer wieder Gespräche und Überlegungen zur Bildung einer einheitlichen Polizeigewerkschaft unter dem Dach des DBB. Nach wiederholt gescheiterten Verhandlungen zur Fusion von BGV und DPoIG gründet die DPoIG 1990 ihren eigenen Fachverband Bundespolizei unter dem Vorsitz von Hans-Joachim Zastrow, Lübeck. Die 1. Delegiertenversammlung findet am 07.11.1990 in Lübeck statt und fordert öffentlichkeitswirksam u.a. die Umbenennung des Bundesgrenzschutzes in „Bundespolizei“ (siehe oben). Das erhöht den beidseitigen Druck, sich über eine Vereinigung zu verständigen und das Nebeneinander aufzulösen. Bis dahin sollte es aber noch 21 Jahre und mehrere vergebliche Anläufe dauern. Am 06.10.2011 war es dann so weit: Die Bundespolizeigewerkschaft BGV im DBB und der DPoIG-Fachverband Bundespolizei beschließen die Verschmelzung der bisher eigenständigen Organisationen und gründen am gleichen Tag die neue „DPoIG Bundespolizeigewerkschaft“. Diese wird am 09.10.2011 beim Registergericht Charlottenburg als e.V. registriert und feiert damit ihren 10. Geburtstag. Erster Vorsitzender der Bundespolizeigewerkschaft wird Ernst G. Walter, Düsseldorf. Ihm folgt im Jahr 2019 sein Stellvertreter Heiko Teggatz im Amt.



Die Zukunft hat schon begonnen. Junge Kolleginnen und Kollegen übernehmen gewerkschaftliche Verantwortung.

werber lehnen anfangs die Aufnahme von Angehörigen der ehemaligen Grenztruppen in Polizeigewerkschaften grundsätzlich ab.

Auf dem Bundesdelegiertentag vom 24. - 26. Oktober 1991 nennt sich der bgv in Deutsche Polizeiunion (DPU) um. Sein Ziel ist die Bildung einer Dachorganisation mit der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), dem Bund Deutscher Kriminalbeamten (BDK), u. a. innerhalb des dbb.

Im Gebiet der ehemaligen DDR beteiligt sich der DPoIG Fachverband Bundespolizei aus organisatorischen Gründen in den Jahren 1989 bis 1992 noch nicht an der Organisation von Mitgliedern. Der Aufbau eines Bezirksverbandes Ost findet seine Keimzelle in der Einsatzabteilung in Neustrelitz. Auch hier überzeugt das gemeinsame Auftreten in der DPoIG und die Untergliederung entwickelt sich schnell zu einem der starken Bezirksverbände in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Berlin Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen.

Im Vorwege der ersten Reform des Bundesgrenzschutzes 1992 setzt sich der DPoIG Fachverband Bundespolizei dann aktiv und erfolgreich für die Übernahme der Aufgaben der Bahnpolizei ein. Beschäftigten der ehemaligen Bahnpolizei und des Fahndungsdienstes entscheiden sich zu großen Teilen zu einem Übergang von der Deutschen Bahn zum Bundesgrenzschutz. Gewerkschaftspolitisch steht für die Beschäftigten der Bahnpolizei auch die Entscheidung zum Wechsel der Gewerkschaft innerhalb des dbb an. Alle vertretenen Gewerkschaften bekommen die Gelegenheit sich dem Bundesvorstand des Fachbereichs Bahnpolizei in der GDBA vorzustellen. Im Ergebnis empfiehlt die GDBA den Übergang ihrer Mitglieder in den DPoIG Fachverband Bundespolizei. Die Jahre 1992 und 1993 haben ihren Schwerpunkt in der bundesweiten Organisation von Kollegen der Bahnpoli-



Erster Vorstand der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft

zei. Die bereits vorhandenen DPoIG Bezirksverbände erhalten so eine deutliche Stabilität. Dienstliche Regionen wie Hamburg, Berlin, Nürnberg, München, Stuttgart, Trier und Düsseldorf entwickeln sich zu Hochburgen des Fachverbandes.

1995 kehrt der bgv wieder zu seinem ursprünglichen Namen zurück. Als „Deutsche Polizei-Union“ hat er nur einige wenige Jahre existiert. Man hatte versucht, innerhalb des dbb eine Gewerkschaft für alle Sicherheitsbehörden zu bilden, was letztlich scheiterte. Nachfolgende Verschmelzungsgespräche mit der DPoIG scheitern ebenfalls, da der bgv seine Selbstständigkeit hätte aufgeben müssen.



Bundeshauptvorstand 2015

Am 1. Juli 2005 wird der BGS per Gesetz in „Bundespolizei“ umbenannt.

Der DPoIG Fachverband Bundespolizei trägt bereits seit seiner Gründung den Namen „Bundespolizei“. Die Umbenennung des Bundesgrenzschutzes in Bundespolizei gehört zum Gewerkschaftsprogramm genauso, wie polizeilich blaue Uniformen und Fahrzeuge.

Der Bundesgrenzschutzverband benennt sich bereits am 1. März 2005 in „Bundespolizeigewerkschaft - Verbund Innere Sicherheit“ (bgv) um. Er besteht aus fünf Regionalverbänden und hat ca. 9.000 Mitglieder.

Nach einem Scheitern eines Zusammenschlusses im Jahr 1995 geben entschlossene Vorstandsmitglieder von DPoIG Fachverband Bundespolizei und bgv nicht auf. Auf höchster Ebene der Personalvertretungen, also im Hauptpersonalrat und im Bezirkspersonalrat, bilden beide Organisationen über drei Legislaturen eine gemeinsame Liste und führen gemeinsame Fraktionen.

Am 20. Februar 2011 beginnen die konkreten Planungen zur Verschmelzung des bgv mit dem Fachverband Bundespolizei der DPoIG.

Auf getrennten Kongressen Anfang Oktober 2011 fassen beide Gewerkschaften entsprechende Beschlüsse zur Verschmelzung der Bundespolizeigewerkschaft mit dem Fachverband Bundespolizei der DPoIG unter dem Dach des „dbb Beamtenbund und tarifunion“. Damit soll eine neue Kraft mit neuer gemeinsamer Stärke unter einem neuen Namen für alle Bediensteten der Bundespolizei geschaffen werden. Die neue Gewerkschaft trägt den Namen „DPoIG Bundespolizeigewerkschaft“.

Im Anschluss an die beiden getrennten Kongresse wird auf dem ersten gemeinsamen Kongress, dem Bundesdelegiertentag, am 6. Oktober 2011 die neue Satzung der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft beschlossen. Damit treten die Satzungen des bgv und der DPoIG, Fachverband BuPol, außer Kraft. Zum ersten Vorsitzenden wird